

Ressort: Politik

Verband fürchtet Milliardenkosten durch EU-Sanierungsquote

Berlin, 07.12.2017, 00:00 Uhr

GDN - Der Bundesverband der deutschen Wohnungsunternehmen GdW warnt vor den Folgen einer europaweiten Sanierungsquote für Mietwohnungen. "In Deutschland könnten die 750 kommunalen und öffentlichen Wohnungsunternehmen mit 2,3 Millionen Wohnungen von der geplanten verpflichtenden Sanierungsrate betroffen sein", schreibt der GdW gemeinsam mit dem Deutschen Mieterbund einem Brief an das EU-Parlament in Straßburg, berichtet die "Welt".

Der zuständige Ausschuss des EU-Parlaments hatte vor einigen Tagen mehrheitlich dafür gestimmt, eine entsprechende Richtlinie so zu ändern, dass künftig jedes Jahr drei Prozent aller öffentlichen Wohnungen energetisch saniert werden müssten, um mehr Energie zu sparen. In dem Schreiben appellieren die Verbände an die Parlamentarier, dem Änderungsantrag aus dem Ausschuss bei der Abstimmung im Plenum im Januar nicht zuzustimmen. Da die Vorschriften für energetische Sanierung in Deutschland ohnehin relativ streng seien, entstünden Kosten von 30.000 Euro pro Wohneinheit, heißt es in dem Brief. Das Sorge für Mietsteigerungen von monatlich zwei Euro pro Quadratmeter. Die kommunalen Wohnungsgesellschaften, die auch einen großen Teil der Sozialwohnungen stellen sowie insgesamt mehr günstigen Wohnraum anbieten als private Unternehmen, bringen dem Bericht der "Welt" zufolge aktuell jährlich nur rund ein Prozent ihrer Bestände energetisch auf Stand. "Kommunale Unternehmen in Deutschland können bei der geforderten dreiprozentigen Sanierungsquote in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, da sie selbst für die Finanzierung der Maßnahmen sorgen müssen", sagte die GdW-Referentin für Energie, Ingrid Vogler. "In Frankreich dagegen ist das kein Thema, da die Unternehmen des sozialen Wohnungsbaus dort rein staatlich finanziert sind. Das ist bei uns anders." Özgür Öner, Leiter des Brüsseler GdW-Büros, sagte: "Bei 28 verschiedenen Mitgliedstaaten mit völlig unterschiedlichen Wohnungsmärkten kann ein gut gemeinter Vorschlag in einem Land etwas Gutes bewirken, in einem anderen aber eine Katastrophe auslösen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-98822/verband-fuerchtet-milliardenkosten-durch-eu-sanierungsquote.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619